



September 1998

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS



Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International **öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 86

30 Stunden sind genug!

In Deutschland ist er angeblich schon da, zu uns soll er bald kommen und in Rußland ist er wohl nicht gerade: der Aufschwung, der die Arbeitslosigkeit dauerhaft senken soll. Die Arbeitslosigkeit wird aber vermutlich noch eine Weile steigen. Jüngste Beispiele: Die Schiffabrik Atomic kündigte an, ein Drittel der Belegschaft abzubauen, es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis weitere Kündigungen folgen. Die Atomic-Tochter Köflich hat bereits 100 ihrer 150 Beschäftigten gekündigt bzw. auf Kündigungslisten gesetzt. Der Verbundkonzern bleibt bei seiner Ankündigung, 1000 von 4000 Beschäftigten abbauen zu wollen.

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat, SOV Wien West

Sogar EU-Projekte wackeln. 1994 wurde im südburgenländischen Heiligenkreuz mit Fördergeldern ein Lyocellwerk errichtet. Zuvor wurde das Lyocell-Stammwerk in Lenzing (Oberösterreich) kräftig demontiert. Eine schlichte Arbeitsplatzumschichtung fand statt. Tatsächlich ist das Überleben des burgenländischen Werkes nach dem Versiegen der Förderungsmittel äußerst fraglich. Über Beschäftigtenabbau wird bereits laut nachgedacht.

GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und Betroffene stehen den Rationalisierungsplänen der Konzerne ratlos - ohne Gegenstrategie - gegenüber. Je größer die Arbeitslosigkeit wird, desto leichter läßt sich der/die einzelne Beschäftigte unter Druck setzen. Dem Kapital gelingt es, die Rahmenbedingungen zur Zeit mehr und mehr zu seinen Gunsten zu verschieben: 470.822 Menschen ver-

dienen 1997 weniger als öS 12.000,- brutto. 361.049 davon waren Frauen, größtenteils Teilzeitarbeitende.

Hier setzen wir mit unserer Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung an: Die technologische Entwicklung ist längst soweit fortgeschritten, daß eine radikale Arbeitszeitverkürzung möglich wäre. Wer aber eine wirksame Veränderung will, muß die „Logik des Profits“ in Frage stellen und ihr die „Logik der Solidarität“ gegenüberstellen.

Unsere vier Forderungen richten sich nach diesem Prinzip.

Die 30 Stundenwoche

Eine Einführung der 35 Stundenwoche reicht längst nicht mehr aus. Die Unternehmer würden die vorhandene Arbeit durch höheren Arbeitsdruck in kürzerer Zeit erledigen lassen. Dies funktioniert aber nur mit der Angst um den Arbeitsplatz. Sie zwingt die Menschen oft zu einer gefährlichen Dauerhöchstleistung. Eine sofortige Einführung der 30 Stundenwoche würde das Druckmittel Arbeitslosigkeit derart schnell beseitigen, daß die in den Betrieben verbleibende Arbeit von neu einzustellenden Personen gemacht werden müßte. Ein Großteil der Teilzeitmüßte in Vollzeitarbeitsplätze umgewandelt werden.

Der 6 Studentag

Hier geht es um die grundsätzliche Rahmenbedingung, um den gesetzlichen Normalarbeitstag. Flexibilisierung hebt die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung größtenteils wieder auf (siehe VW-Modell in der BRD). Es soll durch die Einführung einer 30 Stundenwoche kein Spielraum von 6 Stunden bis zum gesetzlichen Normalarbeitstag (in Extremfällen 10 Stunden) aufgemacht, son-

dern jede Stunde über der sechsten als Überstunde betrachtet werden. Die Unternehmer werden so zu Neueinstellungen gezwungen.

Klar ist, daß es Bereiche gibt (z.B. Gesundheit und sozialer Bereich), wo an einem Tag länger von einer Person gearbeitet werden muß. Dort müssen die Überstunden entsprechend vergütet werden.

Verkürzung der Lebensarbeitszeit

Das Stichwort vom „Lebenslangen Lernen“ macht die Runde. Ebenso das Problem des „Ausbrennens am Arbeitsplatz“ - auch „Burn Out Syndrom“ genannt. Fortschrittliche GewerkschafterInnen und SozialwissenschaftlerInnen haben sich verschiedene Modelle von der Bildungskarenz bis zum Sabbatical-Modell ausgedacht. Alle diese Modelle basieren darauf, daß sich ein ArbeitnehmerIn von der Arbeit erholt bzw. sich fortbildet und die öffentliche Hand (z.B. AMS) oder sie/er selber dafür bezahlt (z.B. teilweiser Gehaltsverzicht). Aber erstens wollen wir, daß diese Kosten von den Unternehmern getragen werden. Und zweitens die Möglichkeit des/der ArbeitnehmerIn, seine/ihre Erwerbsbiographie selbst zu gestalten.

Nein zur Sonntagsarbeit

Die Debatte um die Sonntagsarbeit dreht sich nicht nur um die Frage: „Sonntag einkaufen oder nicht?“

Es geht um den Fall der Wochenendruhezeit, die die Unternehmer aufbrechen wollen. Diese wollen wir verteidigen. Es ist aber nicht egal, an welchem Tag nicht gearbeitet wird, denn ein gemeinsamer freier Tag hat einen wichtigen Stellenwert.

Die Frage der politischen Rahmenbedingungen und deren Veränderung zu Gunsten der unselbstständig Erwerbstätigen zieht sich wie ein roter Faden durch unsere vier Forderungen. Wir wollen mit diesen Forderungen und unserer Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung einen Ansatzpunkt für eine breite und notwendige Gegenwehr und Offensive von ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen, Jugendlichen und GewerkschafterInnen anbieten.

Neue Broschüre:

**Arbeitsplätze schaffen!
Arbeitszeit verkürzen!**



Jetzt bestellen!

☎ 01 - 524 63 10

„Arbeitsplätze schaffen! Arbeitszeit verkürzen!“, Hg.: SOV, 40 S. öS 45.- / Sozialpreis: öS 30.- Bei Zahlscheinbestellung (PSK 88.12.733, KW: AZV-Broschüre) Adresse nicht vergessen!

Alle Preise inkl. Porto.

Aus dem Inhalt:

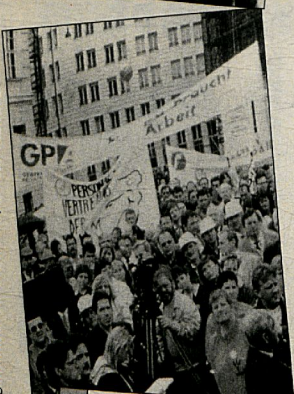
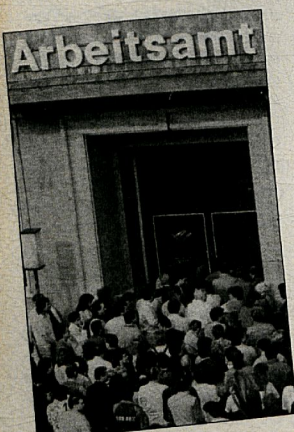
Seite 2
AMS kürzt bei Frauen

Seite 3
Steuerreform
Meinl / Rewe

Seite 4/5
Chile - 25 Jahre
nach dem Putsch

Seite 6
Kinosterben
Kunst und Politik

Seite 7
US-Militärschlag
Indonesien



Arbeitszeit verkürzen!
Arbeitsplätze schaffen!

ab 15 Uhr
Präsentation von Kampagnen & Initiativen;
Arbeitskreise; internationale Berichte,...

ab 19 Uhr
Podiumsdiskussion mit
K. Öllinger (NR-Abgeordneter),
E. Reichelt (leitender Sekretär der GPA),
Betriebsräten, Arbeitslosen, u.a.

Sa. 19. September 1998

VHS 5, Stöbergasse 11-15

Eine Kampagne der Sozialistischen Offensive Vorwärts



Konferenz

Der Standpunkt

**Moskau liegt vor Wien
...und Tokio ist auch nicht weit**

„Bis zur Jahrtausendwende Aufschwung und hohes Wachstum“ - so stellten die österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühling ihre Konjunkturprognosen. Keine Asienkrise, keine Warnung vor den überhitzten Aktienmärkten konnte sie bremsen. Nach Südostasien und Japan rutschte nun Rußland ins Chaos. „Die Presse“-Schlagzeilen beschreiben die unmittelbaren Perspektiven: „Asien stürzt immer tiefer in die Krise“, „Aktienmärkte weiter in Panik“, „Eiszeit an der Moskauer Börse“. Der Kurier fragt: „Rußlandkrise - Wann wären wir betroffen?“



von John Evers

Wenn das Schlagwort der „Globalisierung“ seine Berechtigung hat, dann in Bezug auf die Vernetzung der Weltwirtschaft insgesamt, ihrer Finanzströme und ihrer Krisenanfälligkeit. Der Zusammenbruch der „aufstrebenden Märkte“ in Asien hat zunächst die Volkswirtschaften mit den massivsten - offenen wie versteckten - Problemen getroffen. Die Umleitung von Geldströmen, die Verschärfung des Wettbewerbs und die Währungsabwertungen in Asien durchschnitten das Seil, auf dem Rußland balancierte.

Die zweitstärkste Volkswirtschaft der Welt - Japan - befindet sich in einer tiefen Rezession. Über Nacht wurden im Frühjahr „faule Kredite“ in Billionenhöhe bei den japanischen Banken offenkundig - ein Finanzcrash folgte. Der Export von japanischen Gütern in den südasiatischen Raum brach durch die dortige Krise zusammen.

Geschieht jetzt ähnliches im „EURO-Land“? Bank Austria und deutsche Bank schreiben gerade Ostkredite in Milliardenhöhe ab - die Aktienindizes DAX und ATX purzeln ins Bodenlose. Aber auch der Motor der Weltkonjunkturlokomotive USA stottert - vor allem wegen der verschlechterten Handelsbilanz mit Asien. Die Frankfurter Allgemeine (FAZ) spricht von einem Wachstumseinbruch und einer „dramatischen Wende“ in den USA. David Mum kommentierte die Auswirkungen der Asienkrise und Hintergründe der jetzigen Entwicklung bereits in unserer Mainnummer: „Diese Krise hat die Instabilität des Finanzsystems und der Weltwirtschaft insgesamt erhöht. Eine weitere Turbulenz dieser Art könnte sogar eine weltweite Krise auslösen“. Dem ist - auch heute - wenig hinzuzufügen. Die positiven Konjunkturprognosen - die auch Grundlage für das EURO-Projekt waren - fußen auf der Annahme, „daß die Krise in Ostasien allmählich gemeistert wird“ (FAZ 20.8.1998). Zu Ostasien kam jetzt Rußland hinzu.

Die Krise bedeutet für die Bevölkerung in diesen Ländern eine Katastrophe. Selbst die Kronen Zeitung akzeptierte in einem Kommentar, daß die RussInnen den Kapitalismus, den sie kennengelernt haben, nur ablehnen können. Daß - trotz des Chaos - der IWF vor der Einführung einer Planwirtschaft warnt, ist aus seiner Sicht verständlich. Für die Masse der Bevölkerung wäre das allerdings wohl das beste Anti-Krisen-Programm.

Aus der SOV

Kein Sommerloch

Trotz Hitze und Ferien gab's für die SOV und ihre Mitglieder kein Sommerloch, sondern viel Aktivität. Neben der stets gubehuchten Sommer-Ortsgruppe und der Europaschulung des CWI in Belgien bildete die Kampagne „Arbeitszeit verkürzen - Arbeitsplätze schaffen“ einen Schwerpunkt unserer Arbeit.

von Sonja Grusch
SOV-Bundessekretärin

„Eure Karten hab' ich letzte Woche schon unterschrieben, gib ma' mal Eure Zeitung!“ Jede Woche veranstalteten wir eine Straßenaktion vor dem Arbeitsamt Pasettistraße in Wien 20. Neben dem Zeitungverkauf und dem Sammeln von Unterschriften für unsere Postkarten zur Arbeitszeitverkürzung gab es jedesmal angeregte Diskussionen. „30 Stunden Woche - das klingt ja leiwand, aber wer soll denn das bezahlen?“, war wohl die häufigste Frage. Daß die Gewinne in den letzten Jahren explodiert sind, während die Löhne gleichzeitig gesunken sind, war eine Information, die unsere Forderung gleich viel verständlicher machte. Um noch mehr Argumente anbieten

zu können, gibt es unsere neue Broschüre zur Arbeitszeitverkürzung. Auch finanziell war der Sommer kein Loch, über 700 Zeitungen wurden verkauft. Wir konnten mit 68 34.889,- bereits 37,1 % unseres Zieles (94.000,- von Juli bis Oktober 1998) erreichen. Um 100 % zu erreichen sind wir aber im Herbst auf Eure Spenden angewiesen:

PSK 8812.733

Auf dem Treffen des Bundesvorstandes im August wurden Beschlüsse zur Jugendarbeit der SOV (Schwerpunkt Aktionen gegen Bildungsabbau), zum Superwahljahr 1999 (Wir halten uns alle Optionen offen, streben aber eine linke Bündniskandidatur zwischen gleichberechtigten Partnern an) und zur Erstellung eines Programms der SOV gefasst.

37,1 %

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien: Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung und Verlag: Wien

Frauenvolksbegehren wird weiter ignoriert

AMS kürzt bei Frauen

Während immer mehr Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wurden den Frauenberatungsstellen die finanziellen Mittel gekürzt. Ein Interview mit Anneliese Erdemgil-Brandstätter von der Beratungsstelle Cassandra.

Vorwärts: Was war das Besondere an der Beratungsstelle Cassandra?

Das Besondere an Institutionen wie Cassandra ist ihr frauen- und mädchenspezifischer Ansatz mit dem Hintergedanken, daß Probleme, die da sind, nicht individualisiert werden, sondern als gesellschaftliche und strukturelle Probleme gesehen werden. Nämlich daß Frauen eigentlich durchgehend in allen Lebensbereichen benachteiligt werden und daß sie tagtäglich Gewalt erfahren. Dieser Blick hinaus, das ist meine persönliche Erfahrung aus Beratungsgesprächen, ist für Frauen sehr entlastend, weil sie oft zu hören bekommen, daß sie selber schuld sind. Wichtig in diesen Einrichtungen ist auch, daß alle Frauen und Mädchen Zugang haben, daß es offene Einrichtungen sind.

V: Was hat sich verändert in der Arbeitsmarktpolitik?

Das AMS (Arbeitsmarktservice) wurde 94 aus der Bundesverwaltung ausgegliedert, das heißt es ist ein öffentlich rechtliches Unternehmen, das in etwa 4000 MitarbeiterInnen hat. Wir haben den Eindruck, daß das AMS ein Riesenkonzern ist, der anfängt, zu rationalisieren und das dort tut, wo sie denken, daß der Wi-

derstand nicht so groß ist. Das AMS sagt zwar immer, es sind Umschichtungen oder Optimierungen, real sind es aber Kürzungen. Das jetzige AMS kürzt insbesondere im Bereich Frauen, Mädchen und Migrantinnen. Früher war es so, daß die Beratungsstellen in ihrer Gesamtheit finanziert worden sind. Jetzt kauft das AMS nur ganz bestimmte Leistungen und alle anderen Anliegen der Frauen werden nicht mehr finanziert.

Wie beneiden die jungen Frauen werden nicht mehr finanziert. Bei Cassandra werden für die verschiedenen Berufen und handwerklich technischen Bereich. Das war der erste Bereich, wo die finanziellen Mittel gestrichen wurden, der zweite war dann in der arbeitsmarktpolitischen Beratung für Frauen und dann war im letzten Jahr alles weg. Zusätzlich gibt es immer mehr Kontrolle und Einflußnahme. Wir hatten Auseinandersetzungen über Datenschutz und Freiwilligkeit. Das sind beides Kriterien der Einrichtung.

Asylrecht wird endgültig zur Farce

Matzka Pläne gegen Asylrecht

Vor rund einem Jahr verabschiedete die Regierung wieder ein neues Fremdengesetz. Die wenigen Verfahrenserleichterungen die damit eingeführt worden sind, können nicht im Geringsten über die größtenteils menschenverachtenden Regelungen hinwegtäuschen.

von Karin Wottawa,
SOV Wien Mitte

Bereits die Möglichkeit überhaupt einen Asylantrag stellen zu können, wurde mit diesem Gesetz nahezu ausgelöscht. Die Probleme entstehen schon vor der Einreise nach Österreich. Die sogenannte Drittlandklausel wurde zwar reformiert. Die Behörde muß nun bei einer Abschiebung auch die Sicherheit des Flüchtlings in einem sogenannten sicheren Drittstaat prüfen, faktisch wird aber weiter nahezu jeder Staat zum sicheren Drittstaat erklärt: z.B. China oder die Slowakei.

Um die langen Asylverfahren abzukürzen, hat das neue Gesetz ein besonders groteskes Verfahren parat. Der „Asylantrag an der Grenze“ macht es dem flüchtenden Menschen nahezu unmöglich überhaupt ein geordnetes Asylverfahren zu erhalten. Noch an der Grenze muß ein Formular über die Fluchtgründe ausgefüllt werden, anschließend muß an der Grenze die Entscheidung abgewartet werden. Die Probleme liegen klar auf der Hand, denn nicht alle Flüchtlinge können lesen und schreiben. Sollten sie der Schrift ihres Landes mächtig sein, ist ein Dol-

metisch vor Ort?

Ein weiterer Stolperstein ist der sogenannte „offensichtlich unbegründete“ Asylantrag. Offensichtlich unbegründet ist ein Asylantrag unter anderem, wenn „das Vorbringen eines Asylwerbers zu einer Bedrohungssituation offensichtlich den Tatsachen nicht entspricht“ (zitiert nach asylkoordination 2/97) - was den Tatsachen nicht entspricht entscheidet ein Beamter des Bundesasylamts.

Die Formel „kurze Verfahren - schnelle Abschiebung“ ist voll aufgegangen. Die Zahl der Asylanträge lag 1992 noch bei 16.238 Anträgen. Mittlerweile ist die Anzahl auf 6.719 im Jahr 1997 gesunken, davon positiv erledigt wurden nur mehr 639, das sind 8,1 %.

Doch damit nicht genug. Der zuständige Sektionschef im Innenministerium Manfred Matzka wartet in einem sogenannten Diskussionspapier mit neuen Ungeheuerlichkeiten auf, die es zum Ziel haben, die Grundmauern des Asylrechts zu sprengen.

Matzka stellt die Genfer Flüchtlingskonvention gleich in der Einleitung in Frage. Sie entspräche den „gegenwärtigen Herausforderun-

Wir wollen nicht, daß die Frauen und Mädchen unter Zwang zur Beratung kommen, weil sie sonst keine finanzielle Unterstützung mehr bekommen. Es ist eine Machtfrage, wenn uns das AMS vorschreibt, eure Vermittlungsquote muß so und so hoch sein und Informationen über die Frauen will. Sie bestimmen, was Effizienz ist, sie bestimmen, was Qualität ist und das heißt auch, daß die Frauen mit diesen Vorgaben nicht mehr freiwillig kommen können und wir sie nicht mehr umfassend beraten können. Von Regierungsseite wird zusätzlich betont, wir müssen die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen abbauen, das widerspricht dem allen ja, diese Worte werden zu einer Farce. Es wird eine Sparpolitik auf dem Rücken der Frauen ausgetragen, die Frauen immer mehr in die Armut drängt.

Wir sind nicht hier, um Pflaster zu sein für eine fehlgeleitete Politik, die eigentlich ignorant ist in vielen politischen Entscheidungen. Es nützt nichts, wenn wir still sind mit dem Glauben wir kriegen dann finanzielle Mittel. Denn wenn wir nicht laut sind und kämpfen für das, was uns zusteht, bekommen wir letztendlich gar nichts.



Weitere Angriffe geplant

gen“ nicht mehr. Das generelle Recht, um Asyl anzusuchen, solle abgeschafft werden. Statt dessen verlangt er „eine Reform des Asylbereiches mit einem Übergang zu weniger rechtsstaatsorientierten, sondern eher politisch orientierten Schutzkonzepten.“ Weiters ist von Kontingenten und dem „politischen Gebot des Aufnahmelandes“ die Rede.

An den Händen jener österreichischen Politiker, die solche Gesetze beschlossen haben oder derartige Ideen in die Menge werfen, klebt das Blut jener Menschen, die abgeschoben und in ein unsicheres Schicksal „entlassen“ wurden. Von diesen Politikern ist für uns nichts zu erwarten, für das Recht auf Asyl und ein generelles Bleiberecht müssen wir den Kampf von unten organisieren.

Steuerreform 2000

Die Reichen sollen zahlen!

Die im Koalitionsabkommen für diese Legislaturperiode vereinbarte Steuerreform könnte auf die Zeit nach den Wahlen verschoben werden. Das will jedenfalls Finanzminister Edlinger, unterstützt von Barbara Prammer. „Nennen Sie mir irgendwen, der sagt, im Wahlkampf kann man eine Steuerreform machen. In einer politisch polarisierten Zeit ist das nicht möglich.“

von David Mum
SOV Wien Süd

Sehr zum Leidwesen von Viktor Klima, der zur Aufrechterhaltung seines Macher-Images die angekündigte Reform vor den Wahlen, die er im Herbst favorisiert, unter Dach und Fach haben will. So auch die Gewerkschaft (GPA): Ein Aufschub auf das Jahr 2001 kommt nicht in Frage) oder Wolfgang Schüssel. Wie man damit umgehen kann, zeigt sein Klubchef Andreas Khol: Nach den Wahlen könne man ja diejenigen Teile der Reform wieder rückgängig machen, die sich doch nicht so bewährt hätten (sprich: ein neues Sparpaket). Über das Volumen, das bewegt wird, herrscht erwartungsgemäß noch kein Konsens: Edlinger will maximal 10 Mrd. verschieben, die ÖVP fordert insgesamt 1% BIP Entlastung, ca. 24-26 Mrd. inklusive 13 Mrd. Familiensteuerentlastung, die durch das VfGH-Urteil notwendig wurden. ÖGB und AK verlangen 20 Mrd.

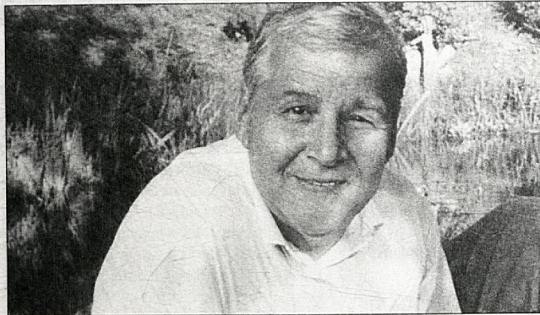
Die eingesetzte Steuerreformkommission wird bis Ende November ihre Vorstellungen präsentieren. Zielsetzung laut Klima: sozial ausgewogen, ökologisch, den Wirtschaftsstandort sichernd und den Faktor Arbeit entlasten. Da hat man sich ja ei-

niges vorgenommen: allein die Familiensteuerreform bindet 12 Mrd., das Defizit soll nicht über 1,5-2% steigen, es soll eine Tarifsenkung bei der Lohn- und Einkommenssteuer geben, und die kalte Progression soll ausgeschaltet werden. Durch die steigenden Nominallöhne geraten mehr Leute in höhere Steuerklassen, ohne daß ihre Realeinkommen derart gewachsen sind, weil die Inflation nicht abgegolten wurde. So ist das Lohnsteuervolumen in den letzten 10 Jahren um 75% von 104 auf 182 Mrd. öS gestiegen, Löhne und Gehälter aber nur um 57%.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die Unternehmersteuern, die 3,7% aller Steuern ausmachen (EU-Durchschnitt 6,9%). Sie stiegen trotz starken Gewinnwachstums unterproportional um nur 67,7%.

Verschiedene Vorstellungen

Finanzierungsvorschläge brachte bis jetzt nur die GPA ein, die einerseits die Eintreibung der Steuerschulden der Unternehmer fordert. Diese machen über 65 Mrd. aus (das Steuerreformvolumen soll insgesamt nur 10-20 Mrd. betragen!). Auch bezüglich Vermögenssteuer ist Österreich den Vermögensgegenüber sehr kulant: Abschaffung



Edlinger: Mit einem Augenzwinkern die Reichen weiter entlasten?

der Vermögenssteuer 1994.

Hier blockt BWK-Stummvoll gleich ab: eine Umverteilung bei den Unternehmersteuern (z.B. Spekulationssteuer - dafür Entlastung des Eigenkapitals) ja, aber keine höhere Belastung.

Jenseits: Die Grünen

Die Grünen präsentieren sich unter Van der Bellen auf eine Art, daß man den Unterschied zum LiF kaum mehr ausmachen kann. Nicht nur durch überkonstruktives und sachliches Auftreten, sondern auch inhaltlich. So meinte der Herr Professor zur Steuerreform: „Die Lage am Arbeitsmarkt erfordert, daß alles getan wird, was die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen kann: Dazu zählt, die Lohnkosten (aber auch die Nettolöhne!, Anm. DM) zu senken.“ (Standard 22.8.98)

Eine Korrektur der auseinanderge-

henden Einkommen der Niedrigst- und Spitzenverdiener wird es durch die Reform nicht geben. Der ÖAAB (ÖVP) fordert sogar explizit die stärkste Entlastung bei den Menschen, die überdurchschnittlich viel verdienen. 1997 stieg die Zahl jener Beschäftigten, die weniger als öS 12.000,- brutto verdienen, wieder um 13.000 Personen an. Weiters finanzieren immer mehr die selbstständig Beschäftigten den Staatshaushalt, während sich Unternehmer und Konzerne zurückhalten.

Die GPA-Vorschläge gehen also in die richtige Richtung. Doch sie sind weder genug um - nach den Jahren der Sparpakete - eine echte Umverteilung herbeizuführen. Noch macht die GPA klar mit welchen Schritten diesen Vorschläge umgesetzt werden sollen. Unsere Prognose: Ohne Druck von unten wird sich hier nichts tun.



Kurz
notiert:

Kein El Dorado in NÖ

Dreht neuer City-Club Chef durch?

Vösendorf: Nach mehreren Managertaustauschen hat jetzt Shopping-City-Chef Dusek den City-Club wieder übernommen. Sein neuer Generalmanager Domanovic begann sofort den Rambo unter der Belegschaft zu spielen: Rund ein halbes Dutzend langjährige MitarbeiterInnen wurde - unter lächerlichen Vorwänden - teilweise fristlos entlassen. Betriebsratsvorsitzender Tichy hat bereits rechtliche Schritte eingeleitet. In der Küche wurde die 6 Tage Woche eingeführt, die KollegInnen arbeiten rund 60 Stunden. Versetzungen sind an der Tagesordnung. Laut einem Mitarbeiter ist die Stimmung unter den KollegInnen „auf dem Nullpunkt“. Die gängige Frage sind: „Wann bis Du dran“, oder „Wann kündigt DU?“.

Jetzt unterschreiben

„Recht auf Arbeit“

Wien: „Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte - Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit - soll subjektiv verfassungsgesetzlich gewährleistet werden. Dieses soll mit entsprechenden Gesetzesverordnungen und Durchführungsbestimmungen Umsetzung erfahren.“ So lautet der Text des Volksbegehrens Recht auf Arbeit - welches teilweise auch dieser Vorwärts-Ausgabe beiliegt und jetzt unterschrieben werden kann. Die SOV unterstützt die Forderung „Recht auf Arbeit“ vollinhaltlich und findet es bedauerlich, daß einige Gruppen des „EUROMARSCH-Bündnisses“ diese Forderung streichen wollen. Zumal Arbeitslosenbewegungen - wie die französische AC! - diese Forderung ebenfalls europaweit erheben. Skepsis hat die SOV allerdings inwieweit die Forderung nach einer Verfassungsbestimmung zur Durchsetzung des „Rechts auf Arbeit“ führt. Wir rufen trotzdem alle unsere UnterstützerInnen auf, das Volksbegehren zu unterschreiben.

Der Sprecher des Volksbegehrens, Christian Neugebauer wird diese Aktion auch im Rahmen der SOV-Arbeitszeitverkürzungskonferenz am 19.9.1998 in der VHS Stöbergasse vorstellen.

Jägermayerhof

„Kein Zutritt für Interessierte!“

Oberösterreich: „Provokationen zur Zukunft der Gewerkschaftsbewegung“ ist das Thema des „Forum Jägermayerhof“ von AK und ÖGB Oberösterreich. Super, dachten sich 4 SOV und ÖGB-Mitglieder und meldeten sich an. Schmecks, denn das Symposium sei nur auf ÖGB-Funktionäre ausgerichtet, ließ man sie wissen. Offensichtlich ist man nur an Diskussionen im Sinne des Forumuntertitels interessiert: „Lausarm und handgestrickt.“

Rewe expandiert am österreichischen Markt, Meinel erobert in Osteuropa

Auch „unser“ Kapital ist „böse“

Durch die Meinel-Übernahme von Rewe ist eine breite Diskussion in Gang gesetzt worden, bei der es hauptsächlich um die „Monopolisierung“ des österreichischen Lebensmittelhandels geht. Es wird eine „Ausdünnung“ des Angebots in den Regalen und ein noch härterer andere dabei die Chance, wie Druck auf die österreichischen Lieferanten befürchtet.

von Ali Kropf
SOV Wien Süd

Eine ähnliche Diskussion, nur nicht in dieser Tragweite, hat es bereits vor fast genau 2 Jahren gegeben. Der damalige Anlaß war der Verkauf des Billa-Konzerns ebenfalls an Rewe. Genauso wie damals wurden Öffentlichkeit und Beschäftigte erst nach Geheimverhandlungen vor vollendete Tatsachen gestellt. Seitdem kontrolliert Rewe mittels den Ketten Billa, Merkur, Mondo und Emma rund 32% des österreichischen Lebensmittelhandels vor der Spar-Gruppe mit rund 27% Marktanteil. Dagegen wirkt Meinel mit rund 6,9% als Winzling und eher unbedeutend.

Die „Monopolisierung“ des Lebensmittelhandels selbst, hat weniger mit dem Verkauf von Meinel an Billa/Rewe zu tun, sondern liegt vielmehr bereits 3 Jahre zurück. Damals wurde der „rote“ Lebensmittelriesen Konsum mit rund 25%(!) Marktanteil zerschlagen und hauptsächlich zwischen Billa und Spar aufgeteilt. Die Gewerkschaft

war bemüht, die Aufteilung und Zerschlagung so leise und schnell wie möglich über die Kunden zu bringen, die SPÖ-Bürokratie tat so als ob sie mit dem Konsum nie etwas zu tun gehabt hätte. Lachender Dritter waren die Handelsmagnaten Billa, Spar und Meinel die sich unter der Leitung vom Konsum-„Sanierer“ Hans Jörg Tengg den Branchenriesen untereinander aufteilten. Kein Wort war von der drohenden Gefahr eine „Monopolisierung“ des Lebensmittelhandels zu hören.

Insgesamt gesehen bedeutet der Verkauf der Meinel-Lebensmittelmärkte eine weitere Schwächung der Position für die Handelsangehörigen. Denn Meinel ist nach dem Ende des Konsum die am besten gewerkschaftlich organisierten Supermarktkette und hat zum anderen auch noch die höhere Vollzeitarbeitsplatzquote (rund 50%). Zwar versichern sowohl Julius Meinel V. und Rewe Chef Reischl, daß es zu keinen Kündigungen bei den insgesamt 5.000 Beschäftigten kommen werde. Aber Beschäftigungsgarantie gibt es bis dato noch keine. Dabei

bleibt die Frage offen, warum bei einer Eingliederung und „Synergieeffekten“ in Billa/Rewe nicht Fall sein soll, völlig offen. Dazu kommt noch hinzu, daß der Billa/Rewe Konzern seine Supermärkte mit durchschnittlich 9,1 Beschäftigten im Gegensatz zu Meinel mit 14,6 betreibt.

Gibt es Alternativen? Die Gewerkschaft Agrar, Nahrung und Genuß bezieht dabei Stellung für eine „österreichische“ Lösung und im Falle einer Verdrängung „österreichischer“ Produkte einen Boykott des Billa/Rewe Konzerns durch die Konsumenten. Diese Forderung geht sowohl an den den zu erwartenden auf die Beschäftigten, wie am wirklichen Problem vorbei wie gerade das Beispiel Meinel zeigt: Julius Meinel V hat sich auch deshalb entschlossen das Traditionsunternehmen zu verkaufen um seine „Kriegskasse“ aufzufüllen. Meinel möchte damit mit Meinel-Lebensmittelmärkten weiter in Osteuropa expandieren - also letztlich genau das tun, was Rewe nun in Österreich betreibt.

Eine effiziente gewerkschaftliche Gegenstrategie müßte bei vier Punkten ansetzen:

☛ Bei der Verteidigung der Rechte der Beschäftigten durch die Vorbereitung entsprechender gewerk-



Julius Meinel V.

schaftliche Kampfmaßnahmen;
☛ Bei der Verteidigung der Rechte der Konsumenten durch öffentliche Kontrolle der Warenpreise;
☛ Bei der Frage der Besteuerung solcher „Deals“ - kolportiert wurden 3-4 Mrd. Verkaufspreis - defacto steuerfrei;
☛ Der Frage Eigentumsverhältnissen. Nur eine Enteignung solcher marktbeherrschender Betrieben, schafft die Voraussetzung für eine demokratische Kontrolle über die wirtschaftlichen Abläufe und Entscheidungen durch ProduzentInnen und KonsumentInnen.

Chile vor 25 Jahren

„Präsident Allende gib uns Waf

Am 11. September jährt sich zum 25. Mal der faschistische 'Staatsstreich' des General Augusto Pinochet Ugarte. Nach wie vor ist dieser Jahrestag in Chile offizieller Nationalfeiertag.

von Pablo Hörner
SOV Wien Mitte

Bis zu Beginn der neuen Legislaturperiode am 11. März dieses Jahres war Pinochet noch Heeresoberbefehlshaber, heute ist der über Siebzigjährige nach einem eigenen Gesetz aus der Zeit seiner Diktatur, Senator auf Lebenszeit im chilenischen Oberhaus. Während der Proteste gegen dieses Privileg wurde eine Demonstration ermordet, wahrscheinlich von Militärs, Anhängern der pinochetistischen Union Demócrata Independiente (UDI) oder rechtsextremen Hardlinern der Renovación Nacional (RN). Es war dies der erste politische Mord in der Periode nach 1990 - eine Reaktion der Regierung blieb aus. So wie sie auch stumm bleibt, wenn Pinochet bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit, die blutige Machtübernahme zur guten Tat erklärt. Öffentlich beteuert er, daß der Sturz der Linksregierung unter Präsident Salvador Allende für Chile eine „Befreiung“ gewesen sei, die der Befreiung des Landes von der spanischen Kolonialherrschaft um nichts nachstehe.

Der Putsch

11. September 1973 - In Chile wird ein Putsch zum Sturz der Regierung der Unidad Popular (Volkseinheit) unternommen. Es ist dies bereits der zehnte von der chilenischen Armee organisierte Putsch seit 1920. Der Präsidentenpalast „La Moneda“ wird nach heftigen Bombardements aus der Luft und Artilleriebeschuß von den Truppen des Militärs besetzt. General Augusto Pinochet Ugarte reißt die Macht an sich und erklärt sich selbst zum Präsidenten des chilenischen Volkes. Der Ausnahmezustand wird verhängt.

„Man sah ihn nie zweifeln. Im Gegenteil, er bekräftigte ständig seine

Entschlossenheit, bis zum Ende zu kämpfen...“, so der Anfang der Rede der Tochter des Präsidenten, Beatrix Allende, auf einer Kundgebung in Havanna am 28. September 1973.

11. September 6.20 Uhr. Telefonanruf in der Residenz des Präsidenten Salvador Allende in der Tomás-Moro-Straße. Der Präsident wird ge-

Land verlassen können. Der Präsident lehnt mit den Worten „Die Verrätergeneräle wissen nicht, was ein Mann der Ehre ist“, ab (aus der Rede Fidel Castros, auf der Kundgebung in Havanna am 28. September 1973).

Der Präsident leitet nun die Verteidigung des Moneda-Palastes, doch die Übermacht ist zu groß. Gegen 14 Uhr wird er von einigen Kugeln getroffen und stirbt. Zwei Stunden später bricht der Widerstand der Verteidigung endgültig zusammen, die

des Jahr für die chilenischen ArbeiterInnen und BäuerInnen. Die chilenische Gesellschaft wankt vor dem Rand einer Krise. Die Frage die sich stellt: Wird es den ArbeiterInnen und BäuerInnen gelingen, die Errungenschaften der Volksfrontregierung Allendes (UP) zu garantieren, indem sie mit der sozialistischen Revolution weitermachen oder wird die Reaktion mit grausamer Rache in einem noch schrecklicheren Umfang als General Banzers Putsch in Bolivien im August 1971 zuschlagen?

le Welt - vor allem Süd- und Mittelamerika. Der besitzenden Klasse in diesen Ländern und dem (US-)Imperialismus führte Kuba die reale Möglichkeit des Sturzes vor Augen.

An der Kippe zum BürgerInnenkrieg

Ein Jahr vor dem von der Militärunterjunta 1973 verhängten Belagerungszustand beschrieb Militant die Versuche der Reaktion, den Boden für einen Putsch vorzubereiten: den „Streik“ der Ladenbesitzer im September, die Arbeitseinstellung und Aussperrung der Busbesitzer in ganz Chile im Oktober etc. Diese Maßnahmen waren Tests für den Zeitpunkt, an dem die Generäle vorwärts schreiten könnten: „Sie werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern als die 'Gebiet' der 'Nation' gepflegt. Nach einer hinreichenden Periode der 'Anarchie' werden die Generäle fähig sein, als die 'Retter' des Landes voranzuschreiten.“

Die andere Seite des Prozesses wurde auch hervorgehoben: „Aber die Reaktionen leben immer noch in Furcht vor den chilenischen ArbeiterInnen“ In Bezugnahme auf die Proteste des Mittelstandes wurde geschrieben: „Nur die ArbeiterInnenklasse auf der Grundlage eines klaren sozialistischen Programmes kämpfend kann wirklich die Interessen der kleinen Besitzenden verteidigen... Es wäre möglich, billigen Krediten für die kleinen FarmerInnen, die LadeninhaberInnen, ... stattzugeben, um ihre Unternehmen zu entwickeln, bevor sie freiwillig damit einverstanden wären, Genossenschaften zu gründen, womöglich mit der Staatsindustrie verschmelzend, sobald sie sehen könnten, daß dieser Pfad zu einem besseren Lebensstandard für sie führen würde.“

Die soziale Basis vieler autoritärer Systeme ist das Kleinbürgertum. Die Regierung versuchte, diese Schichten durch eine „vorsichtige Politik“ zu beruhigen und erreichte damit genau das Gegenteil. Indem die Forderungen der ArbeiterInnenklasse und LandarbeiterInnen nicht erfüllt wurden, setzte sich Allende zwischen alle Stühle und begünstigte ein Klima, daß nach einem starken Mann rief.

Eine klare Warnung war gegeben: „In Chile rückt das Desaster bedrohlich näher! Die Zeit ist kurz! Es ist eine offene Frage, ob die für Februar 1973 angesetzten Wahlen stattfinden werden oder ob die Bosse sich davor rühren werden.“ Militant rief den chilenischen ArbeiterInnen zu: „Brecht die Koalition mit den kapitalistischen Parteien! SozialistInnen, fordert die Bewaffnung der ArbeiterInnen gegen die faschistischen Kommandos! Appelliert an die Truppen! Vernetzt die ArbeiterInnenorganisationen auf einem Programm der Machtübernahme!“

In der Ausgabe vom 15. Dezember 1972 schrieb Militant: „Sogar Allende legte dar, daß das Land 'an der Kippe zum BürgerInnenkrieg' stand.“ Diese Prognose sollte sich



Putsch Generäle: Trotz Handschuhen Blut an den Fingern

warn, daß ein Staatsstreich beginnt. Er alarmiert sogleich seine Leibgarde und beschließt, sich in das Präsidentenpalais zu begeben, um die Regierung der Unidad Popular mit der Amtsgewalt des Präsidenten zu schützen. 23 Personen seiner Garde, die mit Schnellfeuerwaffen, 2 Maschinengewehren 30er Kaliber und 3 Bazookas bewaffnet sind, treffen mit 4 Kraftwagen um 7.30 im Präsidentenpalast ein.

Innerhalb einer Stunde appelliert Salvador Allende dreimal über Rundfunk an das Volk und erklärt, daß er sich bis zum Ende wehren will.

8.15 Uhr - Ein Vertreter der Junta fordert den Präsidenten auf, sich zu ergeben. Ihm wird ein Flugzeug angeboten, mit dem seine Familienangehörigen und MitarbeiterInnen das

Putsch-Militärs haben gewonnen. Die Schreckensherrschaft hat begonnen. Erst mit den Wahlen im Dezember 1989 sollte Chile allmählich zur bürgerlichen Demokratie zurückkehren.

Kapitalismus in der Krise

Der Putsch wiederholt eine historische Erfahrung: Kapitalistisches „Krisenmanagement“ schreckt vor nichts zurück. Die besitzende Klasse kennt nur ein Wohl: das ihres Vermögens. Ist dieses gefährdet, so geht sie im schlimmsten Fall sogar über Leichen.

1972 - also nach der Wahl der Regierung Allendes 1970 - warnte Militant, die damalige Zeitung unserer britischen Schwesterorganisation. Dieses Jahr würde „ein entschei-

ringe Wahlbeteiligung der Jugendlichen bei den letzten Wahlen nicht zu wundern

1996 vereinten die reichsten 20% der Bevölkerung über 60% des nationalen Einkommens auf sich. Für die ärmsten 20% blieben 4% übrig. Die 500.000 reichsten Familien (5% der Bevölkerung) verdienen genauso viel wie beinahe elf Millionen Menschen, d.h. drei Viertel der Gesamtbevölkerung. Ein Kommentator faßt die Situation in der chilenischen Zeitung Punto Final treffend zusammen: „Die Sektoren, die gestern dieses Modell kritisierten und vorschlugen, es durch ein menschlicheres und solidarischeres zu ersetzen, sitzen heute in der Regierung und verteidigen es rigoros und begeistert als die Diktatur selbst.“

Die Folgen des Putsches

Nach dem Putsch setzte der Diktator Pinochet voll auf „neoliberale“ Wirtschaftspolitik. Dazu holte er sich die besten neoliberalen Köpfe dieser Zeit als Berater, unter anderen den österreichischen Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, der sich schon als Berater von Margaret Thatcher in Großbritannien einen Namen gemacht hatte. Chile wird für sie zum Experimentierfeld.

von Stefan Kerl
SOV Wien Nord

Marköffnung für ausländische Investoren, Exportförderung, Privatisierungen, Integration in den Weltmarkt, Sozialabbau und natürlich keine freien Gewerkschaften.

Die Folgen dieser Politik waren sehr bald sichtbar: 1985 waren 30% der ChilenInnen arbeitslos. 1988 (ein Jahr vor der „Transformation“ in eine „Demokratie“) lebten 50% der Bevölkerung in

Armut, 20% in extremer Armut. Nach der Transformation 1989 hat sich politisch wie wirtschaftlich nicht viel geändert. Pinochet ließ 1978 eine Generalamnestie für sich und seine Gefolgsleute verabschieden. Er ist aber nicht das einzige Problem, insgesamt sind neun Mitglieder im Senat nicht vom Volk gewählt, sondern von Armeekorps, oberstem Gericht oder Regierung bestimmt. Von einer echten Demokratie kann daher keine Rede sein. Daher braucht einen auch die extrem ge-

fen - wir schützen Dich“

neun Monate später bewahrheiten - und zwar am 11. September 1973, mit schrecklichen Folgen für die chilenischen ArbeiterInnen.

Welches Programm gegen die Generäle?

Militant schrieb kritisch über die Illusionen Allendes. Dieser halte die Massen „mit Phrasen, in denen er davor warnt, 'die Reaktion zu provozieren' zurück und denkt, er könne die Generäle - die treuen Diener der Kapitalisten - 'neutralisieren', indem er ihnen schmeichelt und ihren 'chilenischen Respekt für die Demokratie' lobt.“

Allende wurde tatsächlich erst erlaubt, sein Amt anzutreten, nachdem er in einem kaum veröffentlichten Dokument versprochen hatte, daß die bewaffneten Kräfte durch seine Regierung unberührt blieben. Dies war die Lebensversicherung der chilenischen Bourgeoisie. Sie war von Beginn an bereit, im geeigneten Moment zuzuschlagen. Militant machte darauf aufmerksam, daß das gesamte Jahr 1971 „die Reaktion durch den überwältigenden Enthusiasmus für Allendes Regierung gelähmt gewesen war. Die CIA war ebenfalls überfragt gewesen. Eine direkte Intervention in Chile durch den US-Imperialismus wird eine Explosion unter der amerikanischen ArbeiterInnenschaft und Jugend provozieren...“ Militant weiter: „Lediglich ein kühnes revolutionäres Programm kann einen friedvollen Übergang gewährleisten: (1) BäuerInnenräte sollten geschaffen werden, um das Land zu übernehmen... Ein Erlaß zur Nationali-

Soldatenräte zu errichten. Jede Anstrengung muß getan werden, um die ArbeiterInnen in Uniform enger an ihre Brüder in der Industrie zu ziehen. Mit einer starken Bewegung in der Armee konfrontiert, würden die Generäle in der Luft hängen.“

Der bürgerliche Staat und die „wahre“ Demokratie

Allendes Antwort auf den Druck von links war: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir im Rahmen eines bürgerlichen Regimes sind.“ Diese Haltung bewirkte, daß die Reaktion ermutigt und die Ungeduldigkeit auf der Linken vergrößert wurde. In der konkreten Situation meinte Militant: „Marx erklärte, daß die herrschende Klasse nicht dadurch überwältigt werden könnte, daß ihr eigener Staat benutzt werde, daß es nötig sei, die ArbeiterInnenorganisationen - am weitesten entwickelt in der Form von Sowjets [ArbeiterInnen- und BäuerInnenräte] - an die Macht zu erheben, im Prozeß den alten Staat zur Gänze paralysierend und abbauend. Das ist der einzige Pfad für die chilenischen ArbeiterInnen und BäuerInnen.“

Die Notwendigkeit von der Zerschlagung des Staates zur Errichtung einer sozialistischen Demokratie war eine der wichtigsten Lehren, die Marx aus dem Scheitern der Pariser Commune 1871 gezogen hatte. Die faschistischen Regimes im Europa der 30er Jahre und Spanien 1936 sind Belege dafür, was sonst mit der werktätigen Masse der Bevölkerung passiert (Eingliederung oder Folter bis zum Tod). Auch Che Guevara, dessen 30. Todestag vergangenes Jahr „gefeiert“ wurde, erkannte das Scheitern der Revolution in Guatemala 1956 als Folge des Unberührtlassens des Militärs.

Die Reaktion formiert sich

Im August 1973 berichtete Militant, daß eine landesweite Arbeitseinstellung der Busbesitzervereinigung organisiert war - offen gestützt von Militärs und CIA. Drei Befehlshaber der Militärs waren inzwischen zur „nationalen Versöhnung“ in die UP (Volkseinheits)-Regierung aufgenommen worden. Die UP-Regierung antwortete den Hauptforderungen der Busbesitzer zustimmend. „Militärisch und politisch hatte Allende damit seinen eigenen Sturz vorbereitet.“

Die Konterrevolution hatte bereits im Juni einen Staatsstreich versucht. Der Putsch mißlang: „Falls sich die chilenische Armee bis dahin zurückgehalten hatte, war die Erklärung nicht in irgendeiner eigentümlichen nationalen Tradition zu suchen, sondern in der jetzt von der ArbeiterInnenbewegung erworbenen formidablen Stärke.“ Über die Reaktion der ArbeiterInnenklasse heißt es in einem Bericht: „Als die Nachricht über den Putsch sich verbreitet hatte, streikten tausende von ArbeiterInnen, besetzten ihre Fabriken und



Polizei attackiert Demonstrantin

marschierten, bewaffnete Streikposten an den Toren zurücklassend, zum Präsidentenpalast.“

Doch Allende hatte „für die Rückkehr an die Arbeit appelliert und Bereitschaftspolizei“ wurde geschickt, um die wogende Menge aufzulösen. Nur diese Feigheit, dieser Verrat, diese totale Respektlosigkeit, befähigte die Bosse, einmal mehr nach Luft zu schnappen. Nur das Blockieren der Massenbewegung als ein Ergebnis dieses Verrates ermutigte die Straßentransportunternehmen, ihre Köpfe ungeachtet der UP-Regierung zu heben.“

Allende, gib uns Waffen!

Es gab in Chile damals zweifellos viele Basismitglieder der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei, die bereit gewesen wären, zu kämpfen. Es gab einen wichtigen Teil der Jugend, der sich in der maoistischen „Revolutionären Linken Bewegung“ (MIR) organisierte und bewaffnet war. Die Forderung nach Volksbewaffnung tauchte immer wieder auf Demonstrationen auf: „Allende gib uns Waffen - wir schützen Dich!“ Aber diese breite Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse erfolgte nicht.

Zwei Monate später, nachdem Pinochet seinen Militärputsch in Gang gesetzt hatte, berichtete Militant: „Tausende von ArbeiterInnen starben, während sie ihre besetzten Fabriken verteidigten oder als sie den militärischen Todesschwadronen herausfordernd gegenüberstanden. Falls der Sozialismus selbst nicht ein sentimentaler Traum sein sollte, dann gibt es nur eine Conclusio: Die Führung und das Programm der ArbeiterInnenorganisationen waren falsch. Und das ist unsere Überzeugung.“

Wenige Tage vor dem Putsch, am Samstag, den 9. September, waren über eine Million ArbeiterInnen am Balkon des Präsidentenpalastes in Santiago an Allende vorbeimar-

schiert, die meisten von ihnen Waffen verlangend. Die ArbeiterInnen waren bereit, die Errungenschaften von 1970-73 zu verteidigen. Wie auch immer, die eingesetzte Taktik war nicht jene, die den Sieg garantieren hätte können.

Stichwort Colonia Dignidad

Colonia Dignidad - Die Schreckenskolonie

Es war auf einem chilenischen Grundstück. Eine Gruppe von deutschen Staatsbürgern, die seit mehr als einem Jahrhundert in Chile Angst und Schrecken verbreiten, die sich zum Handlanger einer brutalen Diktatur gemacht haben und überall mitmischen, wo man sich nur die Finger schmutzig machen kann: Geheimdienste, Waffen, Rechtsterrorismus. Seit einem Vierteljahrhundert werden hier ungehindert Kinder „vergessen“ und Menschen hinter Stacheldraht gefangen gehalten.

„Als ich den Hügel hinunterfahre, die ersten Gebäude. Mitten in der chilenischen Wildnis. Zwei silbrig in der Sonne glänzende Silos, ein sauber angestrichener Schweinestall, zwei, drei Gebäude mit roten Dächern, ein kleiner Teich mit weißen Schwänen, der Rasen ist gemäht. Ein gelbes Gebäude, die 'Bayrische Schule' wie die weiße Schrift auf dem blauen Schild erklärt. Dahinter eine hübsche Kapelle mit kleinem Glockenturm und bunt verglasten Fenstern.“

Die Idylle hat nur einen Schönheitsfehler: Um dieses deutsche Fantasieland im chilenischen Süden ist Stacheldraht gezogen.“

So Gero Gemballa in seinem bei Rowohlt (rororo-Taschenbuch) erschienen Buch Colonia Dignidad - Ein deutsches Lager in Chile.

Zeittafel

Chronologie der Ereignisse

1956

Generalstreik gegen Lohnstopp-Gesetz, Kriegerrecht

1960-1970

Relative Stabilisierung

1970

Salvador Allende gewinnt eine knappe Mehrheit und wird Präsident, Verstaatlichung einzelner Industriezweige und von Teilen des Großgrundbesitzes

1972

Der Wirtschaftsboykott der Unternehmer und des ausländischen Kapitals verschärft die Lage dramatisch: Streiks der Bergarbeiter, teilweise Ausnahmezustand, Aufnahme von Militärs in die Regierung

1973, März

Die Volksfrontregierung erhält bei Parlamentswahlen im März 43,3 %, die von den Christdemokraten geführte Oppositionsparteien haben aber keine ausreichende Mehrheit Präsident Allende legal zu stürzen.

1973, Juni

Ein rechtsradikaler Putschversuch wird niedergeschlagen

1973, August

Eine weitere Verschwörung wird aufgedeckt. Parlamentskrise, wegen des (von den USA unterstützten) Wirtschaftsboykotts der Fuhrunternehmer läßt die Versorgung fast zusammenbrechen



General Pinochet

1973, September

Pinochets Militärputsch, mindestens 10.000 Tote, während des Umsturzes kreuzt die US-Navy vor der chilenischen Küste

1974

Pinochet erklärt sich selbst zum Staatschef.

1975

Noch immer gibt es offiziell 8.000 politische Häftlinge

1988

Volksentscheid gegen die Verlängerung der Amtszeit Pinochets

1990

P. Aylwin (Christdemokrat) wird Präsident.



Proteste gegen die Diktatur

sierung des Landes würde die bereits erfolgten Landbesetzungen legalisieren. (2) ArbeiterInnenkontrolle der Industrie..., um die Schließung von Fabriken zu verhindern. Die Industrie sollte mit minimaler Kompensation einzig auf der Basis des Nötigen nationalisiert werden. (3) Aktionskomitees... sollten durch die Gewerkschaften errichtet werden, um die Händler und Grundbesitzer zu zwingen, die Preise und Mieten zu reduzieren. (4) Eine ArbeiterInnenmiliz basierend auf den Gewerkschaften sollte aufgebaut werden, um die Gewinne der ArbeiterInnen zu verteidigen... Allende sollte an die Basis (der Armee) appellieren,

Kunst und Politik

Warmes Blut...

Anläßlich des Orgien-Mysterien-Theaters des Aktionisten Hermann Nitsch wagte sich wieder ein reaktionärer Bodensatz ans Tageslicht, um zum Angriff zu blasen. Selten mußte der „Volksmund“ für soviel Unsinn herhalten wie in dieser Kampagne von Kronen Zeitung, Täglich Alles, katholischen Fundis und der FPÖ.

ein Kommentar von Harry Mahrer

Aus der angekündigten Großdemonstration wurde ein Häufchen zwielichtiger „Tierschützer“. Brigitte Bardot - für die KRONE offenbar Vertreterin einer „ordentlichen“ Kunst - jettete zur Rettung dreier Stierleben nach Österreich. Sie, glühende Unterstützerin der faschistischen Front National, fand sich in illustrierter Gesellschaft wieder. Die KRONE ließ sogar einen Sportreporter schreiben: „Jemand findet sich immer, der Mist schönredet und alle Kritiker ins reaktionäre Eck stellt.“ Anschließend fordert der eifrige Sportfan mehr Subventionen für den Sport - und weniger für die Kunst - äh „Mist“. Im Sport sei der Wert meßbar, in der Kunst nicht. HJ Schimanek der Ältere fand es zwar fürchtbar ungerecht, daß sein Sohn wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt wurde, der Gewaltakt aber - Hausschlachtung unter tierärztlicher Aufsicht - brach ihm beinahe das Herz.

Freiheit der Kunst: Gut, aber ...

„Wir wollen sicher nicht entscheiden, was Kunst ist und was nicht. Aber das ist in den Augen der Freiheitlichen keine Kunst,...“ (H.J. Schimanek, sen.). Deshalb reagierte der Landesrat und schikanierte die Veranstaltung durch Besuche der Fremdenpolizei etc. Es ging nie um eine Auseinandersetzung mit der Kunst von Nitsch. Es ging darum, die künstlerische Avantgarde zu schlagen. Daß man sich dafür einen längst etablierten Künstler und ein Jahrzehnte altes Theaterstück hergenommen hatte, sagte vieles über die Kunstenkenntnis der rechten Kulturkämpfer und ließ erahnen, daß es um politische

Manöver ging und nicht um Kunst. Dabei handelte hierbei nicht einmal um einen linken Künstler. Nitsch arbeitete in seinem Stück mit mystischen, ja esoterischen Kulthandlungen, um Selbsterfahrung - eine Rückbesinnung auf das Ursprüngliche - möglich zu machen. Gesellschaftskritik war keine zu finden. Nicht einmal in seinen Reaktionen auf die unerhörte Hetze konnte sich Nitsch dazu aufraffen, die Reaktionen in die Schranken zu weisen. Nahezu jegliche moderne Kunst wird von der österreichischen Rech-



...aufgewärmter Skandal

ten mit ihren Kampfbildern wie der KRONE der Linken zugeschrieben und als Mist verdammt. Jede Kritik an „Österreich“ sowie jede Ausdrucksform, die sich nicht an die eingegengten Vorstellungen der Reaktionäre hält, wird mit dem Verweis auf das Volksempfinden in Grund und Boden gerammt - oftmals werden Verbote gefordert und manchmal wurden sie durchgesetzt. Viele österreichische VertreterInnen der modernen Kunst genießen heute Weltruhm. Die meisten wanderten längst aus - vor allem seit dem Aufstieg der FPÖ.

Kunst hat im Weltbild der rechten Kulturkämpfer nur schön, gut und wahr zu sein. Was das ist, bestimmen sie selbst. Kunst hat vor allem aber unpolitisch zu sein, sie hat sich möglichst nicht mit „heißen“ gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Das Bestehende nicht zu kritisieren, heißt aber ihm zuzustimmen und ist damit nicht unpolitisch, sondern konservativ und auch dies ist politisch. Kunst kann sich der Politik nicht entziehen.

Auch das Argument, die moderne Kunst würde die Gesellschaft verhellen, ist absurd. In einer Gesellschaft, in der mensch tagtäglich mit Gewalt konfrontiert ist, kommen KünstlerInnen, die sich mit der Gesellschaft kritisch auseinandersetzen, nicht umhin, sich auch mit diesen „Gewalten“ auseinanderzusetzen. Nicht eine verrohte Kunst fördert eine verrohte Gesellschaft, im Wechselspiel zwischen Kunst und Gesellschaft ist die Wirkung der Gesellschaft auf die Kunst um ein Vielfaches stärker als umgekehrt.

Die Linke und die Kunst

Links ist angeblich nicht mehr modern, gilt als ewiggestrig. Viele KünstlerInnen scheuen sich deshalb - trotz ihrer fortschrittlichen Überzeugung - sich selbst als politisch anzusehen. Sie beteuern, es ginge ihnen nur um die Kunst, mit Politik hätten sie nichts am Hut. Damit erleichtern sie den Rechten, das Feld zu übernehmen, weniger attackiert werden sie trotzdem nicht. Viele Linke stempeln die fortschrittliche Kunst als zu abgehoben ab. Doch sowohl die Linke als auch die fortschrittliche Kunst versuchen, ein offenes und solidarisches gesellschaftliches Klima zu schaffen. Sie gehen in die selbe Richtung, bedienen sich lediglich unterschiedlicher Kommunikationsmittel, die sich aber nicht konkurrieren sondern ergänzen (können). Das sollten beide Seiten in Betracht ziehen, wenn sie wieder einmal ihre Berührungängste entdecken.

Kinosterben

Stirb langsam

Das Wiener Opernkino ist das vorerst letzte Opfer des Wiener Kinosterbens. Weitere werden folgen. Die Gründe: Multiplex-Lawine, quasi Constantin-Monopol und ein ungerechtes Vergnügungssteuersystem...

ein Kommentar von Martin Birkner

Kaum für Schlagzeilen sorgen derzeit leider die Turbulenzen in Wiens Kino-Landschaft: Dabei geben diese genug Grund dafür: Das Opernkino wurde über Nacht zugesperrt und es gibt Gerüchte einer Fusion der im Eigentum der Stadt Wien befindlichen KIBA-Kette mit dem privaten Riesen Constantin. Constantin dominiert jetzt schon den österreichischen Kinomarkt, was zur Folge hat, daß es außerhalb Wiens kaum mehr Qualitätsfilme zu sehen gibt. Hollywood rules. Das soll jetzt auch in Wien so werden. 14 (!) Multiplex-Kinos sind geplant, 4 davon bereits im Bau - und Constantin mischt kräftig mit. Die Folge wäre eine Verdoppelung (!) der Kinositzplätze in Wien - die Qualität des Gebotenen wird sich wohl kaum verdoppeln. In nahezu allen Bundesländern sind ebenfalls Großkinothek in Planung bzw. bereits in Bau.

Kleine (Programm-)Kinos können da finanziell nicht mehr mithalten; vergnügungssteuerbefreit z.B. sind nur „Prädikatsfilme“ - das kostet zehntausend Schilling und macht selbst den Titanic-Schmarrn „sehwert“, im Gegensatz zu neuen österreichischen Filmen, bei denen sich die Kinos das „Kaufen“ von Prädikaten dank der österreichischen Förderungspolitik nicht leisten können. Allein die geplante Fusion der städtischen KIBA mit Marktbeherrscher Constantin zeigt, wie ernst es den Stadtpolitikern mit Qualität und Vielfalt des kulturellen Angebotes ist.

Was aber steckt hinter dem Zauberspruch „Multiplex“? Es geht dabei

nicht lediglich um massenkompatible Unterhaltung mittels Hollywood-Einheitsbrei, sondern mindestens genauso wichtig ist die „maximale Einbindung des Kinobesuchers in einen wirtschaftlich rentablen Gesamtzusammenhang“. Das heißt, nicht nur Kinomultis, sondern auch Gastronomiebetriebe, Einkaufszentren, Spielhallen und Computershops dürfen das freizeitungrige Publikum in riesigen, sterilen Gebäudekomplexen an den Stadträndern „verwöhnen“ und nebenbei ein bißchen Geld verdienen. Montag bis Sonntag, von früh bis



Die „Starken“ überleben

spät, da wird von den Angestellten schon einiges an „Flexibilität“ abverlangt. Schöne neue Unterhaltungsindustriewelt.

Noch gibt es in Wien Raum für neue/kritische/avantgardistische Filme und die Viennale, aber wie lange noch? 9 Wiener Kinos sind akut von der Schließung bedroht! Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Notwendig sind nicht nur schöne (grüne) Worte, sondern Menschen, die (Klein-)Kinosterben und Multiplex-Arbeitsbedingungen nicht tatenlos zusehen wollen.

Radiotip: Jeweils **Freitags von 20-21 Uhr** läuft die Sendung „trotz allem“, eine alternative Nachrichtensendung. **Radio Orange 94,0 MHz im Raum Wien**

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten von anderen Organisationen ein.

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH: Termine nach Rückfrage

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Die SOV interessiert mich, ich möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der SOV werden

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAICWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
 - antifaschistisch
 - international
- Jeden Monat neu:
- Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!
- Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:
- ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
 - ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
 - Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
 - ...Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

STAMMTISCH: Montag im Monat, 19 Uhr

REICH-WELS 14 Uhr Stelzhamerstraße

assismus in Europa mit Clubbetrieb 19 Uhr Ecke Dürergasse

9.9., 11. September 1973 - Ein schwarzer Tag für die ArbeiterInnen in Chile und weltweit! OG Wien Mitte

11.9., Aktionstag gegen Bildungsabbau am 23.10! Vorstellung der Kampagne beim JRE Aktionstreffen

14.9. Straßenaktion „Arbeitsplätze schaffen! Arbeitszeit verkürzen!“ vor Arbeitsamt Pasettistraße, 10-12 Uhr

14.9. „Frauen in Osteuropa seit dem Zusammenbruch des Stalinismus“; Frauen Stammtisch

19.9. Konferenz „Arbeitszeit verkürzen! Arbeitsplätze schaffen!“ VHS Stöbergasse, Wien 5, ab 15 Uhr

25.9. „Stalinismus und Anti-Stalinismus in der Literatur der Osteuropäischen Staaten“; OG Wien Nord

29.9. „Deutschland nach den Wahlen“ OG Wien West

Infos zu allen Veranstaltungen unter Tel.: 01 - 524 63 10

Termine



**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) - Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Europa

CWI-Sommerschulung

Wie jedes Jahr, so gab es auch heute eine Sommerschulung des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale. Eine Woche lang diskutierten die rund 250 TeilnehmerInnen aus 16 europäischen Ländern, sowie aus den USA und Kanada in drei Plenardiskussionen und über 10 Kommissionen über Themen wie die Asienkrise und ihre Auswirkungen auf die Welt, das Kommunistische Manifest und Mai '68, antifaschistische Arbeit und die Beteiligung von SozialistInnen bei Wahlen.

Deutschland

Kohl muß weg - für eine sozialistische Alternative

Bei den Bundestagswahlen am 27.9. stellt die Sozialistische Alternative Voran, die deutsche Sektion des CWI, in Aachen, Köln, Siegen und Stuttgart DirektkandidatInnen. Zentrale Punkte sind „Arbeit für Alle“, „Streichen bei den Reichen“, „Millionäre und Milliardäre besteuern“, „Bildung ist ein Recht, kein Privileg“, „Stopp Nazis und Rassisten“, „Schluß mit der Diskriminierung von Frauen“, „Nein zum EU-Ropa der Banken und Konzerne“, „Stopp die Verschmutzung der Umwelt“, „Dahinter steckt System: Kapitalismus“ und „Die sozialistische Alternative“.

Der SAV geht es vor allem darum, den Aufbau einer sozialistischen Partei zu betonen.

Kasachstan

Staatsterror gegen Gewerkschaften

Präsident Narzabayev reitet neuerlich wilde Attacken auf die Gewerkschaften. Die „Konföderation der Freien Gewerkschaften“ in Kentau wurde verboten, viele Mitglieder vom Geheimdienst verhört. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei von Petropavlovsk wurde verhaftet, sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Nach einem Streik von 500 ArbeiterInnen in einer Metall- und Waffenfabrik in Ural, bei dem die Auszahlung der seit 18 Monaten ausstehenden Löhne gefordert wurde, werden erneute massive Repressionen befürchtet. In der Vergangenheit hatten die Behörden versucht, gegen Iounur Kurmanov, Mitglied des CWI und Gewerkschaftsaktivist, vorzugehen und ihn ins Gefängnis zu stecken. Er konnte erst durch eine internationale Kampagne befreit werden - und auch nun ist wieder internationale Solidarität notwendig. Proteste an die Botschaft von Kasachstan.

USA

„Wag the Dog!“

Hollywood beweist prophetische Fähigkeiten. Mit „Wag the Dog“ wurde die Geschichte eines US-Präsidenten verfilmt, der, um von seiner Sex-Affäre abzulenken, einen virtuellen Krieg inszeniert. Mit solchen Halbwahrheiten gibt sich der reale US-Präsident Clinton nicht zufrieden. Um von seiner Sex-Affäre abzulenken, wurden echte Raketen abgeschossen und wurde echtes Blut vergossen.

von Karin Wottawa,
SOV Wien Mitte

Nach der Affäre Monica Lewinski, die im letzten halben Jahr mehr den selbsternannten Sonderermittler Starr in Atem hielt, als sonst irgendjemanden, kam es zu einer Militäraktion der USA, die international weit mehr interessiert. Anfang August mußte auch Bill Clinton selbst zu seinem Sexualleben Stellung nehmen und vor der sogenannten Grand Jury eine Aussage machen. Bis dato nur mäßig interessant. Was dann geschah, war allerdings US-Imperialismus „vom Feinsten“. Um einen ordentlichen Befreiungsschlag aus der Affäre Lewinski tätigen zu können, kamen die Bombenanschläge auf zwei US-Botschaften in Kenia und Tansania, bei denen unter den rund 300 Opfern zwölf AmerikanerInnen waren, gerade recht.

Wieder einmal rief die USA zum „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ auf. In einem „Vergel-

tungsschlag“ wurden in Afghanistan drei angebliche Trainingslager von Terroristen und im Sudan eine Pharmafabrik, in der angeblich das Nervengas VX hergestellt wurde, von den USA bombardiert.

26 Menschen fanden den Tod, und die Pharmafabrik, die zwei Drittel des Sudan mit Medikamenten versorgt hatte, wurde auch zerstört. Beweise haben die USA bis heute nicht erbracht. Frei nach dem Motto: „Erst schießen, dann fragen“.

Die angebliche Vergeltung, die Bill Clinton mit diesem Schlag für die Familien der Opfer sagen erbringen zu wollen, ist nichts als ein Vorwand. Eine der abgefeuerten Raketen kostete 1 Millionen US Dollar - 100 davon wurden abgefeuert. Vermutlich hätten die Familien damit etwas Besseres anzufangen gewußt. Auch die angebliche Mobilmachung gegen islamische Fundamentalisten kommt von Seiten der USA nur auf, wenn die US amerikanischen Machthaber, oder ein Teil von ihnen, gerade Nutznießer dieser Aktionen sind. Bin La-



Was hat dieser Mann im Kopf?

den, der neue Feind Nr. 1 der USA, war in den 80er Jahren von eben diesen USA mit Geld & Waffen ausgerüstet worden. Damals war er ein „Heiliger Krieger“, ein „Held“ im Kampf gegen das von der Sowjetunion unterstützte Regime in Afghanistan.

Daß sich islamische Fundamentalisten als „Anti-Imperialisten“ aufspielen können und Unterstützung unter den Armen und Unterdrückten Massen im arabischen Raum erhalten, liegt an der Schwäche der sozialistischen Kräfte. Wo die Fundamentalisten an der Macht sind, legen sie

ihre oft soziale Maske rasch ab. Im Iran oder Afghanistan zeigen sie, was ihr „Gottesstaat“ für die Menschen bedeutet - Ausbeutung und brutale Unterdrückung. Der US-Militärschlag hat real diese Kräfte gestärkt und gibt ihnen die Möglichkeit, „antiimperialistische Töne anzuschlagen“.

Nachsatz: Inzwischen hat selbst die reaktionäre deutsche Zeitung „Die Welt“ berichtet, daß in der sudanesischen Fabrik keine chemischen Waffen produziert wurden. Außenminister Schüssel blieb trotzdem - bis jetzt - solidarisch zu Clinton & Co.

Indonesien: Bewegung gibt sich mit kosmetischen Reformen nicht zufrieden

„Total Reformasi“

Nach den Unruhen im Mai und dem Rücktritt des Langzeitdiktators Suharto ist es scheinbar ruhig geworden um Indonesien. Tatsache ist aber, daß die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme keineswegs gelöst sind. In der Vorwärts-Juninummer schreiben wir: „Die Revolution hat begonnen“ - heute ist es notwendig, diese weiterzuführen, um die Probleme, mit denen die 209 Millionen IndonesierInnen täglich konfrontiert sind, zu lösen.

von Anna Schneider,
Komitee für eine ArbeiterInneninternationale KAI/CWI

Neuer Charakter

Die versprochenen Wahlen finden frühestens 1999 statt, unklar ist, welches Wahlsystem es geben wird, wer kandidieren und wer wählen darf. Es gibt zwar eine Vielzahl neuer Parteien (bisher rund 60 Neugründungen), aber diese müssen sich an „Pancasila“, der Staatsphilosophie, orientieren - was Klassenkampf und Sozialismus ausschließt.

Die Arbeitslosigkeit erreicht einen traurigen Höhepunkt nach dem anderen und die einzige Antwort des neuen Präsidenten Habibie auf Hunger und Reismangel ist der Vorschlag, doch gemäß des Islam Fastentage einzulegen! Habibie, treuer Gefolgsmann und Freund von Suharto und selbst sehr reich, ist Teil der herrschenden Klasse und hat keinerlei Interesse, an den Ausbeutungsstrukturen etwas zu ändern.

Aber auch die bürgerliche Opposition um Megawati, Amien Rais und Gus Dur sind eng mit Großgrundbesitzern, Industriellen und dem ausländischen Kapital verbunden. Auch von dieser Seite ist daher keine wirkliche Veränderung zu erwarten.

Die Bewegung hat im Mai einen Höhepunkt erreicht, sich aber seither stark verändert. Unter den StudentInnen sind die verschiedenen Klasseninteressen deutlich geworden, die am Anfang der Bewegung noch vom gemeinsamen Wunsch „Down with Suharto“ überdeckt wurden. Bei der Parlamentsbesetzung im Mai versuchten die kämpferischeren StudentInnen, die Bewegung auf andere Bevölkerungsschichten auszuweiten und auch ArbeiterInnen und die arme städtische Bevölkerung in die Besetzung einzubeziehen. Die „moderaten“ StudentInnen, die zwar Suhartos Herrschaft, nicht aber das System an sich in Frage stellen, verhinderten das, indem sie Ausweiskontrollen durchführten.

Die „radikaleren“ StudentInnen, die nicht bloß „Reformasi“, sondern „Total Reformasi“ fordern, was „Revolution“ bedeutet, haben den Kampf, im Gegensatz zu ihren „moderaten“ KollegInnen, beendet. Sie sind Teil jener Komitees, die in manchen Städten wie z.B. Yogyakarta die Interessen der ArbeiterInnen, StudentInnen, Landlosen und der armen Bevölkerung gegen die offiziellen Staatsorgane vertreten.

Unabhängige Gewerkschaften

Die wesentliche Veränderung zum Mai ist aber die Aktivität der ArbeiterInnen. Diese organisieren sich zunehmend in unabhängigen Gewerkschaften. Neben der zwar oppositionellen, aber pro-kapitalistischen SBI (die u.a. von der CDU gesponsert wird) unter Mughtar Pakpahan bilden sich auch auf regionaler und betrieblicher Ebene Gewerkschaften. Deren Forderungen sind neben Lohnerhöhungen v.a. das Recht auf freie Organisation und ein Ende der Verbindung von Arbeitsministerium und Unternehmern. Ein wesentlicher Punkt ist der Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz, das im Oktober verabschiedet werden soll und das wesentliche Verschlechterungen für die Beschäftigten bedeuten würde. (Mehr dazu in der nächsten Ausgabe von „Die Einheit“).

Was fehlt? - Die Partei!

Der revolutionäre Prozeß in Indonesien ist noch keineswegs zu Ende, er hat erst begonnen. Um die politischen und sozialen Probleme zu lösen, reicht es nicht, Suharto oder auch Habibie zu stürzen, sondern es muß das System der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt werden. Was in Indonesien fehlt, ist eine revolutionäre Partei, die die in den letzten Monaten zunehmenden Streiks der ArbeiterInnen, die Landbesetzungen und die StudentInnen verbinden kann, die Bewegung aus ihrer Trägheit reißt und wieder in die



Nach wie vor Repressionen

Offensive führt. Die PRD, die demokratische Volkspartei, eine linke Partei mit enormer Unterstützung in der Bevölkerung, könnte diese Rolle zwar spielen, sie hat aber bisher nur zaghafte Schritte in die Legalität gewagt. Die PRD sieht den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Aufklärung und der Arbeit für, aber nicht mit den Unterdrückten. Wenn aber keine revolutionäre Partei das Ruder herumreißt, so könnte sich nicht nur das Regime Habibie stabilisieren, sondern bleibt auch die Gefahr eines Militärputsches nach wie vor aufrecht.

**Mehr zu Indonesien
in unserer Borschüre:
Indonesien - die Revolution
hat begonnen
um 65 25,- (inkl. Porto)
unter 01-524 63 10 bestellen**



Lehrstellenoffensive war Betrug: 30.000 Jugendliche haben keine Zukunft

29.513 Jugendliche sind in Österreich zur Zeit arbeitslos gemeldet. In der EU war 1997 jeder fünfte Jugendliche arbeitslos. Damit ist die Jugend eine der am stärksten vom Problem Arbeitslosigkeit betroffenen Gesellschaftsschichten. Denn die Dunkelziffer ist bei den Jugendlichen bedeutend höher als in anderen Bereichen. Mangel herrscht im Lehrlingsbereich praktisch überall – wer das Glück hatte, eine Lehrstelle zu finden, ist häufig mit miserablen Ausbildungsbedingungen konfrontiert.

von Ken Horvath,
SOV Wien Mitte

Die Antworten der Regierung auf die Problematik decken sich allerdings meist mit Unternehmerkonzepten, die die Probleme nicht lösen können. Teil der bürgerlichen Konzepte ist z.B. die Schaffung neuer, in immer höherem Ausmaß spezialisierter und sinnloser Berufe: HörgeräteakustikerIn, AssistentIn für Notariate, AssistentIn für Rechtsanwaltskanzleien, SportartikelmonteurIn, Straßenerhaltungsfachmann/frau oder Systemgastronomiefachmann/frau (Kassier oder gar Koch bei McDonalds) – nur als kleine Kostprobe. In der Folge sind die Jugendlichen in noch weiterem Maße von ihren Arbeitgebern abhängig, da sie nur mehr in einem sehr engen Bereich als FacharbeiterIn tätig sein können. EinE „Entsorgungsfachmann/frau für Abwasser“ könnte im Bereich der Abfallsorgung z.B. nur als HilfsarbeiterIn mit dementsprechend niedrigerem Lohn arbeiten. Eine Entwicklung, die also durchaus den Interessen der Unternehmer entspricht. Und das Problem Jugendarbeitslosigkeit nicht zu lösen vermag. Denn selbst in bürgerlichen

Medien wie dem Kurier wird gegeben, daß diese neuen Berufe „kaum Lehrstellen“ bringen.

Die neuen Berufe sind nicht nur für die Lehrlinge uninteressant. So wurden in den zwei Jahren seit Bestehen

den grundsätzlichen gesellschaftlichen Problemen vermag das Überangebot an Lehrberufen sowieso nichts zu ändern. So ergreifen beispielsweise noch immer mehr als 55% der weiblichen Lehrlinge eine der drei traditionellen „Frauenlehren“: Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau oder Friseurin.

Deshalb fordern wir die Reduzierung der Lehrberufe auf Flächenberufe. Das heißt, daß ähnliche Berufe zu einer einheitlichen Ausbildung zusammengefaßt werden sollen. Nur so können Lehrberufe mit „Schmalspurcharakter“ verhindert werden,

mer ist, nichts an der Problematik ändern wird. Denn die Wirtschaft hat in Zeiten der Krise und Massenarbeitslosigkeit einen geringeren Bedarf an FacharbeiterInnen. Und wozu eineN FacharbeiterIn ausbilden, aus dessen Fähigkeiten später sowie so kein Nutzen gezogen werden kann? Das führt zu einem stetigen Lehrstellenabbau. Die Regierung versucht dem entgegenzuwirken, indem sie den Unternehmern das Ausbilden von Lehrlingen schmackhaft macht: Subventionen, Streichung des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung, Senkung von Schutzbestimmungen wie Kündigungs-schutz,... Die Folge sind immer schlechtere Ausbildungsbedingungen – für viele besteht das Lehrlings-dasein nur mehr aus Wurstsemmeln und Klopapier. Lehrlinge bekommen immer mehr zu billigen HilfsarbeiterInnen.

In Anbetracht dieser Tatsachen kann es nur zynisch anmuten, wenn die Regierenden uns ein Allheilmittel für die Situation am Arbeitsmarkt präsentieren: bessere Ausbildung. Ja, gerne! Aber wo soll man diese erhalten, wenn doch auch an der Bildung so sehr gespart werden muß? Der Trend in der Bildungspolitik ist klar: eine immer mehr dem Diktat der Unternehmer unterworfenen Bildung soll primär den Interessen der Wirtschaft entsprechen. Und das sind - aus Sicht des Kapitals - Dinge wie eine umfassende, interessante Bildung von geringer Bedeutung. Staatliche Lehrwerkstätten, wie es sie z.B. bei der VOEST gab, in denen Allgemeinbil-

dung mit spezifischer Berufsausbildung verknüpft ist, wären ein Schritt in die richtige Richtung.

Um letztlich jeder Form der Diskriminierung entgegenzuwirken, brauchen wir Gesamtschulen, in denen alle Jugendlichen bis 19 gemeinsam ausgebildet werden. An diese sollen die Lehrwerkstätten angehängt werden. Zur Finanzierung dieser Schulen müßte jeder Betrieb 2% seiner Wertschöpfung abgeben – denn es sollen die für die Verbesserung der Ausbildungssituation bezahlen, die das jetzige Chaos verursacht haben.

**Kürzer arbeiten,
längere Ausbildung**

Ein Hauptgrund für die steigende Arbeitslosigkeit und den fallenden Bedarf an FacharbeiterInnen ist die stark steigende Produktivität, das heißt, daß immer mehr in immer kürzerer Zeit produziert wird. Die einzige wirksame Methode, auf diese Entwicklung entsprechend zu reagieren, ist die Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar sowohl der Wochen-, als auch der Lebensarbeitszeit. Erst nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich gibt es wieder den Bedarf nach ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig müssen Schritte in Richtung Flexibilisierung und Senkung der Schutzbestimmungen zurückgedrängt werden. Dann erst könnte die frei werdende Zeit zur Ausbildung genutzt werden, damit jeder Mensch sich seinen Interessen entsprechend bilden und spezialisieren kann.



Demo gegen Sozialabbau: Die Zukunft müssen wir uns erkämpfen

der Hörgeräteakustikerlehre ganze zwei Lehrverträge abgeschlossen, bei der Abwasserentsorgung steht dem einen Lehrstellensuchenden genau keine Lehrstelle zur Verfügung. Dazu kommt, daß rund 100 der 250 verschiedenen Lehrberufe sich „historisch überholt“ haben – also defacto nicht mehr existent sind. An

nur so kann garantiert werden, daß man auch in verwandten Berufen einen Job als FacharbeiterIn findet.

**Ausbildung raus
aus Unternehmerhand!**

Tatsache ist, daß sich, solange die Ausbildung in Händen der Unterneh-

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbe-

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt.
- Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen

- Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition

- links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.